GENDER OPEN REPOSITORIUM

Familie und Beruf – oder? Hegemoniale Diskurse, (un) zureichende Alternativen und die Suche nach dem ‚guten Leben‘

Menz, Margarete; Thon, Christine

2016

https://doi.org/10.25595/2435

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Menz, Margarete; Thon, Christine: *Familie und Beruf – oder? Hegemoniale Diskurse, (un)zureichende Alternativen und die Suche nach dem ‚guten Leben‘*, in: Budde, Jürgen; Offen, Susanne; Tervooren, Anja (Hrsg.): Das Geschlecht der Inklusion (Verlag Barbara Budrich, 2016), 155-177. DOI: https://doi.org/10.25595/2435.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Familie und Beruf – oder? Hegemoniale Diskurse, (un)zureichende Alternativen und die Suche nach dem ‚guten Leben'

Margarete Menz und Christine Thon

„Ich strebe einen gelungenen Ausgleich zwischen Beruf und Familie an, ohne dass einer der beiden Bereiche vernachlässigt wird" (Allmendinger & Haarbrücker 2013: 27). So lassen sich die Ansprüche und Erwartungen formulieren, die die Mehrheit der jungen Frauen ihre an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt. Nicht mehr das Entweder-Oder, sondern das Und zählen heute[1].

Doch das „Und" hat seinen Preis. „Keine Zeit" lautet der Titel einer vielbeachteten Studie von Arlie Hochschild (2002), die Lebenssituationen berufstätiger Eltern unter Bedingungen der Entgrenzung von Arbeit und Leben (vgl. auch Jurczyk 2005) beschreibt und in der sich viele Eltern, insbesondere erwerbstätige Mütter, wiederfinden. Aktuell kommt es offensichtlich unter den Bedingungen ökonomischer Transformationen und der damit verbundenen generellen Arbeitsverdichtung zur Zuspitzung der seit langem diagnostizierten Doppelbelastung von Frauen hin zu einer permanenten Überlastung. Die Belastungen, die die Realisierung des „Und" mit sich bringt, scheinen immens. Die Anstrengungen, derer es bedarf, um Familienleben und Berufstätigkeit erfolgreich zu organisieren, gehen allzu häufig auf Kosten anderer Bereiche, die Lebensqualität bedeuten, wie etwa Freizeit, Partnerschaft und andere soziale Beziehungen.[2]

Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, die – aus sehr unterschiedlicher politischer wie theoretischer Position – dieses ‚Und' kritisch hinterfragen. Von „Schrecklich perfekten Frauen" schreibt Nataly Bleuel in der Süddeutschen (http://www.sueddeutsche.de/kultur/essay-schrecklich-perfekt-1.2409239) und beschreibt den Selbstoptimierungsdruck junger Frauen, deren Selbstkontrolle und das Streben danach, die perfekte Mutter, die perfekten Arbeitnehmerin, die perfekte Liebhaberin zu sein und den perfekten Körper zu haben. Problematisiert sie unter Verweis auf das Plädoyer von Laurie Penny die Unterordnung unter den Kapitalismus, so finden sich auch Stim-

1 Jutta Allmendinger bei der Präsentation der Studie „Frauen auf dem Sprung" (Allmendinger 2009).

2 Deutliche Hinweise darauf fanden sich beispielsweise in dem von uns durchgeführten Projekt „KarriereFamiliePLUS", das berufstätige Frauen bei der In-Verhältnis-Setzung von Berufs- und Familienleben unterstützen sollten. Insbesondere im Rahmen biographischer Reflexionen wurden Situationen des Überfordertseins artikuliert, bei gleichzeitiger Infragestellung herkömmlicher Vereinbarkeitsideologien und -praktiken (vgl. Thon & Menz 2014).

men, die gesellschaftliche Solidarität gegen die Überantwortung struktureller Zwänge auf das (weibliche) Individuum fordern.[3] So verwundert es auch nicht, dass ein Titel wie „Die Alles ist möglich-Lüge: Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind" (Garsoffsky & Sembach 2014) seinen Platz auf den Beststellerlisten findet.

Diese sehr grundlegende Infragestellung des „Und" geschieht zu einem Zeitpunkt, zu dem Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundesrepublik politisch in einem hohem Ausmaß forciert wird. Was sind die Gründe für diese so deutlichen Absagen? Dazu soll im ersten Teil dieses Beitrags ein Blick auf die US-amerikanische Debatte um eine opt out revolution und die Fragen gerichtet werden, die dadurch auch für den hiesigen Kontext aufgeworfen werden. Im zweiten Teil werden Tücken und nicht-intendierte Folgen des „Und" im Kontext von zum Teil spezifisch bundesdeutschen hegemonialen Diskursen um Vereinbarkeit und ‚work life balance' erläutert. Im dritten Teil schließlich stellen wir Diskussionen um alternative Modelle der Relationierung von (Erwerbs-)arbeit und Fürsorge vor.

1. Opt-Out Revolution, ökonomische Zwänge und Mütterlichkeitskonstruktionen

2003 machte ein Artikel von Lisa Belkin in der New York Times Furore: Sie porträtierte hochqualifizierte Frauen die, nach erfolgreichem Studium in Harvard und Princeton Karriere z.B. in Rechtsanwaltskanzleien machten, ebenfalls erfolgreiche Männer heirateten und dann, nach der Geburt der Kinder bzw. in deren Kleinkindalter, aus der Erwerbsarbeit ausstiegen, um sich – in aller Regel ebenso effizient – um die Kinder kümmern. Opt-out-Revolution nennt Belkin dieses Phänomen, welches für sie einem Trend gleichkommt. Die Entscheidung, auszusteigen aus dem ‚fast-track' des Lebens, wird in dem Artikel dargestellt als Revolution: Revolution gegen feministische Bewegungen und soziologische Analysen, die das Ausscheiden von Frauen aus der Berufswelt mit „gläsernen Decken" und weiblicher Diskriminierung erklären wollen. Belkin sucht eine andere Begründung: „It's not just that the workplace has failed women. It is also that women are rejecting the

3 In Deutschland gelte es als schlechtes Management, wenn eine Frau es nicht schafft, zu arbeiten und trotzdem rechtzeitig ihre Kinder zu bekommen. So kommentiert z.B. Angela McRobbie die aktuelle Situation vor allem jüngerer Frauen (vgl. http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/42858/Frauen-sind-die-perfekten-Mitglieder-einer-neo-liberalen-Gesellschaft).

workplace“ (ebd.) (http://www.nytimes.com/2013/08/11/magazine/the-opt-out-revolution.html?_r=0).

In der Folge sind sowohl im US-amerikanischen als auch im deutschen Raum eine Reihe von wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten entstanden, die sich mit der kontroversen These auseinandersetzten.

1.1. Opt-out: Alter Wein in neuen Schläuchen?

Der berufliche Ausstieg nicht als Folge struktureller und individueller Diskriminierungen, sondern als weibliche Entscheidung für Kinderversorgung und Mutterrolle, wird von Belkin primär als Moment des Widerstands und der Eigenständigkeit konzipiert. Die beruflich hoch qualifizierten Frauen, so Belkin, definieren Erfolg neu. Er wird von ihnen nicht mehr an der beruflichen Stellung gemessen oder an der finanziellen Unabhängigkeit vom Mann. Damit werde nichts weiter als der Erfolgsbegriff neu bestimmt: „There is nothing wrong with money or power. But they come at a high price. And lately when women talk about success they use words like satisfaction, balance and sanity” (ebd.).

Erfüllung und Zufriedenheit scheinen, folgt man Belkin, für (diese) Frauen anders definierbar zu sein als für Männer. Selbstverständlich ist dies nur vor dem Hintergrund des Bildungs- und Einkommenstandes der Männer zu denken: Frauen aus der Arbeiterschicht, die aufgrund von fehlenden oder zu kostenintensiven Kinderbetreuungseinrichtungen nicht arbeiten können, werden in dieser Perspektive nicht oder nur am Rande erwähnt.[4] Aber ist tatsächlich eine Re-definition des Erfolgsbegriffs ursächlich für die Ausstiegsszenarien? Dann hätten wir es hier mit einem alternativen Lebensmodell zu tun, welches im Hinblick auf die Neurelationierung von beruflicher und privater Erfüllung interessant sein könnte.

Insgesamt zeichnen die vorliegenden Recherchen und Studien jedoch ein deutlich skeptischeres Bild. Zwei zentrale, nicht besonders überraschende Befunde lassen sich festmachen:

Ausstieg aufgrund unvereinbarer Bereiche

Pamela Stone hat in der Folge der Debatte um eine Opt-out-Revolution Interviews mit „high-achieving women“ (Michaels 2009: 318) durchgeführt, welche ihre Karriere unterbrochen haben bzw. ausgestiegen sind, nachdem sie Kinder bekommen hatten. Hinter der Mütterlichkeits- und Fürsorgeideologie,

4 Umgekehrt hängt natürlich auch die Entscheidung für einen Ausstieg zentral mit der finanziellen Ausstattung der Familie ab: „Josephine the Plumber’s assistant might wish that she could put down her pipe wrench for a few years so that she could have time to embroider her daughter’s organic diapers but it is not a choice available to her” (Michaels 2009: 318).

die von den interviewten Frauen in den Vordergrund gestellt wird, finden sich tatsächlich Exklusionsprozesse aufgrund der Unvereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung. Nicht die autonome Wahl der Vollzeitmutterschaft als Revolution findet sich hier, vielmehr sind die Beweggründe viel banaler und bekannter: keine Teilzeitangebote oder zeitliche Flexibilisierung, eine insbesondere in hohen Positionen extrem ausgeprägte Anwesenheitskultur, fehlende weibliche Vorbilder, hohe zeitliche und räumliche Inanspruchnahme. Diese fehlende Möglichkeit der Relationierung hat Folgen: "As Stone pressed women further, she discovered that they felt as much pushed out of the workplace as pulled into full-time motherhood" (ebd.). Hegemoniale Diskurse um "mothering", welche die Professionalisierung der Kinderbetreuung betonen, tragen ebenso dazu bei. Wenn die richtige Art der Kindererziehung – von vorgeburtlicher Musikerziehung über die Wahl des richtigen Kindergartens, der bilingualen Grundschule und des Privatgymnasiums – zur Vollzeitarbeit gerät, lässt sich diese herausfordernde Aufgabe kaum mit einer Berufstätigkeit vereinbaren, vielmehr wird sie selbst zu einer. Dass dies vorrangig bzw. fast ausschließlich für Frauen zutrifft, wird mit der besonderen Qualität der mütterlichen Beziehung zu den Kindern begründet. Letztendlich, so resümiert Meredith Michaels, werde die Kapitulation vor dem Patriarchat schlicht verzögert und finde sich nun im Übergang zur Elternschaft wieder.

Ausstieg angesichts „gläserner Decken"

Neben den Exklusionsprozessen im Übergang zur Elternschaft lässt sich als zweiter ‚großer' Ausstiegspunkt von beruflich bis dato sehr erfolgreichen Frauen der Beginn der zweiten Lebenshälfte festmachen. Für Deutschland ist Christiane Funken (2011) der Frage nachgegangen, warum verhältnismäßig viele dieser Frauen in der Zeit nach der Lebensmitte beruflich aussteigen. In ihrer Untersuchung von 50+ Managerinnen analysiert sie die Situation, die u.a. durch eine berufliche Stagnation – nach einem Aufstieg – in der Lebensmitte gekennzeichnet ist. Alle befragten Frauen durchlaufen eine Form der Lebensrevision, in der die berufliche Situation als unbefriedigend wahrgenommen wird. Einerseits ist eine andere Gewichtung im Verhältnis zwischen Beruflichkeit und Privatheit zu beobachten. Andererseits zeigt sich in den Erzählungen der Frauen die altbekannte Beobachtung der „gläsernen Decke", der fehlenden (Be-)Förderung von Frauen und der geringen Wertschätzung und Sichtbarkeit der geleisteten Arbeit. Selbstkritisch wird durchaus auch das fehlende strategische Handeln thematisiert und auf die Unterscheidung männlicher und weiblicher Netzwerke aufmerksam gemacht:

„Also männliche Netzwerke sind […] darauf ausgerichtet, sich gegenseitig […] auch in Hierarchiebewegung zu unterstützen, also berufliches Fortkommen zu sichern. […] Und Frauennetzwerke, […] die funktionieren auf einer persönlichen Ebene sicherlich gut. Es gibt einen menschlichen Austausch etc., aber dieses straighte berufliche sich weiterentwi-

ckeln wird nie so vorangetrieben in der Form, wie es vielleicht in männlichen Netzwerken funktioniert." (ebd.: 28).

Auch hier also ist der Zusammenhang komplexer: Die fehlende gelungene Relationierung macht eine Entscheidung notwendig, männlich bestimmte Strukturen lassen in der Revision ein „Sowohl-als-auch" als wenig attraktiv erscheinen.

Sowenig insofern die ausgerufene Opt-Out-Revolution bei genauerem Hinsehen tatsächlich als eine solche zu bezeichnen wäre, bleiben die dadurch aufgeworfenen Beobachtungen virulent. Dies gilt insbesondere für die zu beobachtende Distanz der jeweils befragten beruflich erfolgreichen Frauen gegenüber der Vereinnahmung durch ökonomische Logiken.[5]

2. Die Tücken hegemonialer Vereinbarkeitsdiskurse

Im Folgenden soll daher weiter gefragt werden, welche politischen Konstellationen, diskursiven Hegemonien und Subjektordnungen den Hintergrund für die beschriebenen Entwicklungen bilden.

2.1. Geschlechter-, wirtschafts- und sozialpolitische Kontexte von Vereinbarkeitsdiskursen

Geschlechterpolitisch ist die Abkehr beruflich erfolgreicher Frauen von der Karriere ein interpretationsbedürftiges Phänomen, gilt doch die Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen und insbesondere Müttern als Strategie zum Abbau von Geschlechterungleichheiten (vgl. z.B. Europäische Kommission 2010). Damit steht aktuelle Geschlechterpolitik zunächst einmal durchaus in der Tradition feministischer Bewegungen. Neben anderen zentralen Anliegen wie Rechtsgleichheit und politische Partizipation, Zugang zu Bildung und körperliche Selbstbestimmung zählt der Zugang zu Erwerbsarbeit zum Kernbestand der Themen feministischer Politik (vgl. Gerhard 1999; Lenz 2010). Ging in der Neuen Frauenbewegung mit der Forderung nach Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt zugleich die grundlegende Thematisierung von Arbeit und die Infragestellung der geschlechtsspezifischen Verteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit einher, steht dennoch bis heute bei der Bilanzierung gesellschaftlicher Transformationsprozesse im Geschlechterverhältnis häufig die Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen im Vordergrund. Dies hat

5 Interessant erscheint, dass diese Distanz nicht nur am zentralen Wendepunkte vergeschlechtlichter Biographien, der Elternschaft, Relevanz bekommt, sondern der Ausstieg als Revisionsfolge auch zu einem deutlich späteren Zeitpunkt erfolgt.

auch mit der Unterordnung des Reproduktionsbereichs unter den Produktionsbereich in kapitalistischen Gesellschaften zu tun. Traditionell waren darin weibliche Lebensverläufe um das ‚male breadwinner model' herum organisiert und ermöglichten so den von Fürsorgearbeit freigestellten Vollzeiterwerbstätigen. Veränderungsprozesse in den inhärenten Machtverhältnissen wurden insofern bislang über die Öffnung des Erwerbsbereichs für Frauen erstritten.

Unter den Bedingungen postfordistischer Transformationen, u.A. hin zu einem adult worker model, und mit Bezugnahme auf den demographischen Wandel und den Bedarf der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften, findet die Bilanzierung von Veränderungen der Erwerbsbeteiligung von Frauen unter anderen Vorzeichen als denen von Gerechtigkeit und Chancengleichheit statt. So formuliert etwa der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, dass die „Nutzung des weiblichen Erwerbspersonenpotenzials eine Kernaufgabe der Zukunft" darstelle (BMFSFJ 2011: 109).

Diese Bilanzierungen fallen trotz der nun volkswirtschaftlich begründeten Dringlichkeit einerseits nach wie vor ernüchternd aus; nicht nur, was die Erwerbsbeteiligungsquoten von Frauen und insbesondere Müttern anbelangt, sondern auch hinsichtlich von Bezahlung und Karrierechancen (vgl. z.B. BMFSFJ 2011: 109ff). Diskussionen um den Gender Pay Gap und eine Frauenquote in Führungspositionen der Wirtschaft sind daher überdauernde Punkte auf der geschlechterpolitischen Tagesordnung.

Andererseits gibt es unbestreitbar eine Reihe an Emanzipationsgewinnerinnen. Dies gilt, wie jüngst die Analysen von Angela McRobbie (2010) gezeigt haben, z.B. für gut ausgebildete „Top Girls", die als flexible Arbeitskräfte auf globalisierten Märkten gefragt sind und ein hohes Maß an ökonomischer und gesellschaftlicher Partizipation erreichen. Trotz dieser markanten Verschiebungen erhalten sie jedoch eine Geschlechterordnung aufrecht, die die grundsätzliche Hierarchie der Geschlechter mit einer symbolischen Überordnung des Männlichen nicht antastet und vor allem die Fürsorgearbeit nicht thematisiert bzw. in einem rein weiblichen Zuständigkeitsbereich belässt (vgl. McRobbie 2010: 119).[6]

Von den postfordistischen Transformationen, die die Karriere der Top Girls beflügeln, sind gleichzeitig auch Frauen betroffen, die nicht von Investitionen in die Bildung weiblichen Humankapitals profitieren und in eine zumindest vordergründig privilegierte Position gelangen konnten. Postwohlfahrtsstaatliche Ordnungen verschärfen die Situation von Frauen in Milieus, in denen das bürgerliche Ideal der Alleinernährerfamilie ohnehin nicht in dem Maße realisiert werden konnte, wie es zwischenzeitlich gesellschaftliche Norm war. Wo mithin Erwerbstätigkeit zumindest ebenso ökonomischer

6 Der weibliche Zuständigkeitsbereich wird dann in aller Regel auf andere Frauen, Migrantinnen, Großmütter, Betreuungspersonal ‚ausgelagert' (s. die dazu einschlägigen Debatten bei Lutz 2007).

Zwang ist wie Emanzipationsstrategie, sind durch die intensivierten Anforderungen an eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern erst recht Alternativen der Lebensgestaltung versperrt. Denn auch hier wird die gleichzeitige Zuweisung von Care Work an Frauen kaum problematisiert.

2.2. Ökonomisierung und Hegemonialisierung von Vereinbarkeit

In diesem politischen Kontext, der sowohl durch Erwerbsarbeit Emanzipation und Autonomisierung verspricht als auch zu einer eigenständigen Existenzsicherung zwingt, ohne gleichzeitig bestehende geschlechtsspezifische Zuständigkeiten für den Bereich der privaten Haus- und Fürsorgearbeit mit Nachdruck zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung zu machen, sind die gegenwärtigen Diskurse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und (in deren Folge) zu Work Life Balance zu sehen.

Als Formel für die Chancengleichheit der Geschlechter hat ‚Vereinbarkeit' seit den 1980er Jahren Einzug in die Wahlprogramme der großen Parteien gehalten und sich auf der familien- und geschlechterpolitischen Agenda der Bundesrepublik etabliert (ausführlich dazu Thon 2015a). In jüngerer Vergangenheit finden sich einhellige politische Bekenntnisse zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie an so prominenten Stellen wie dem Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierungskoalition (vgl. Koalitionsvertrag 2013: 79 f.), dem achten Familienbericht (vgl. BMFSFJ 2012: 11 ff.) und dem ersten Gleichstellungsbericht (vgl. BMFSFJ 2011: 5 ff.). Laut Monitor Familienleben 2013 (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2013: 3) ist Vereinbarkeit aktuell familienpolitisches und geschlechterpolitisches Top-Thema. Im Zuge dieser Hegemonialisierung von Vereinbarkeit als selbstverständlicher und kaum hinterfragbarer Schlüssel zur Bearbeitung von Ungleichheitsverhältnissen zwischen den Geschlechtern hat das Konzept zugleich eine Ausweitung erfahren: Zum einen soll Vereinbarkeit mittlerweile nicht nur Frauen, sondern ganz explizit auch Männern die Teilhabe an Erwerbsarbeit und Familienleben ermöglichen. Zum anderen wird neben dem Ausbau öffentlicher Infrastrukturen für Kinderbetreuung, großzügigeren Elternzeitregelungen und der Subventionierung von Reinigungskräften und Betreuungskräften für Pflegebedürftige vermehrt an privatwirtschaftliche Arbeitgeber

appelliert, betriebliche Voraussetzungen für eine verbesserte Vereinbarkeit zu schaffen.[7]

Bei näherem Hinsehen erweisen sich diese beiden Aspekte der diskursiven Ausweitung jedoch als mehrdeutig. Während vermehrt davon die Rede ist, dass auch Väter ein Vereinbarkeitsproblem haben und politische Anstrengungen unternommen werden, um die Übernahme von Familienverantwortung durch Väter zu unterstützen, bleibt die Adressierung von Müttern und Vätern diesbezüglich unterschiedlich. In Werbekampagnen für aktive Vaterschaft wird vor allem das aktualisiert, was Michael Meuser treffend analysiert hat: Neben den Vorteilen eines anwesenden Vaters für das Kind „betont der Väterlichkeitsdiskurs den Nutzen, den der Vater aus der Beschäftigung mit dem Kind zieht. Der neue Väterlichkeitsdiskurs ist zugleich ein männlicher Selbstverwirklichungsdiskurs" (Meuser 2005: 98). Die Erlebnisqualität des Zusammenseins mit Kindern steht im Vordergrund, nicht etwa um die partnerschaftliche Teilung alltäglicher Sorgearbeit. Die anhaltende Rede von den „neuen Vätern"[8] täuscht eher darüber hinweg, dass sich bei der Verteilung von Fürsorgearbeit kaum etwas verändert hat, wie Zeitbudgetstudien immer wieder zeigen (vgl. BMFSFJ 2011: 173ff). Insgesamt besteht die Veränderung auf Seiten der Väter also eher in einer Verschiebung von Diskursen (Meuser 2005: 97) als in einer veränderten Praxis. Unterstützt wird dies dadurch, dass sich auch Mütter an der Herstellung eines Bildes ihres Partners beteiligen, das dem des aktiven Vaters entspricht, auch wenn dieses in der Praxis nicht eingelöst wird (Seehaus 2014: 91ff). Frauen und Männer sind insofern an der gemeinsamen Entwicklung einer Fassade von Geschlechtergerechtigkeit und arbeitsteiliger Erwerbs- und Fürsorgearbeit beteiligt, ohne die Zuschreibung von Vereinbarkeit als Frauensache substantiell zu verändern.

Die Ausweitung des Vereinbarkeitsdiskurses, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe inklusive einer weitergehenden Verantwortung von Arbeitgebern konstruiert, dokumentiert sich in den großen Anstrengungen, die von Seiten der Politik unternommen werden, um die Wirtschaft zu einem entsprechenden Engagement zu bewegen. In Bündnissen von Politik, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, wie etwa dem Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie (BMFSFJ o.J.), sollen Anreize geschaffen werden, damit Arbeitgeber im eigenen Interesse familienfreundliche Strukturen schaffen. Dies ist die Stoßrichtung der sog. „nachhaltigen Familienpolitik"

7 Diese Ausweitung kann sicherlich auch als Folge der sinkenden Geburtenzahlen gelesen werden. Finanzielle Eigenständigkeit und Selbstversorgen wird von Frauen und Männern sowohl als Fremderwartung an den/die potentielle Partner*in als auch an sich selbst hoch gehandelt (vgl. Allmendinger & Haarbrücker 2013: 26). Als Folge solch mit hegemonialen Mütterlichkeitsdiskursen fast nur konfliktuös auszuhandelnden Erwartungen kann die Entscheidung gegen Kinder gelesen werden (vgl. dazu Badinter 2010, auch Vinken 2011).

8 Die Forschung dazu setzte bereits in den 1990er Jahren ein, es handelt sich also entgegen der Bezeichnung um ein mittlerweile betagtes Phänomen.

seit der rot-grünen Koalition (vgl. Ristau 2005: 16, kritisch dazu Kahlert 2011). Sie macht Familienfreundlichkeit zu einer notwendigen und gewinnbringenden Investition angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels. Dabei geht es nicht nur darum, generell Personal rekrutieren und halten zu können, sondern vor allem Frauen angesichts des demographischen Wandels sowohl als Fachkräfte als auch für die Reproduktion der Gesellschaft verfügbar zu machen.[9]

Der Verweis auf den Nutzen betrieblicher Kinderbetreuungsangebote und die Vorteile flexiblisierter Arbeitszeiten sowohl für Arbeitnehmer*innen als auch für Unternehmen ist eine Form der für neoliberale Argumentationen so typischen Konstruktion einer Win-Win-Situation (vgl. Krasmann 2004: 253). Dass vordergründig alle Seiten von dem getroffenen Arrangement profitieren, verschleiert eine markante Verschiebung in der Argumentation: Vereinbarkeit wird zwar auch als Partizipationsangebot für Mütter verhandelt, ist aber primär keine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern eine Frage der Sicherung des Wirtschaftsstandorts durch die Bereitstellung von Humankapital. Der ursprünglich emanzipatorische Vereinbarkeitsdiskurs erfährt in der Variante, in der er aktuell hegemonial geworden ist, eine nachdrückliche Ökonomisierung (vgl. Thon 2015b).

In der diskursiven Verbindung, die „Vereinbarkeit" hier mit „Humankapital" eingeht, sind normative Ansprüche von Gerechtigkeit und Partizipation nicht mehr in der Weise artikulierbar, wie in einem emanzipatorischen Vereinbarkeitsdiskurs. Vor allem sind auch die Widersprüchlichkeiten und Belastungen, mit denen die Realisierung von Vereinbarkeit im konkreten Fall verbunden ist, in einer als Win-Win-Situation konstruierten Konstellation weit schwieriger benennbar.

2.3. Zuständigkeitszuweisungen: Subjekte der Vereinbarkeit

Die widersprüchlichen Anforderungen in Einklang zu bringen und sich sowohl als ‚gute Mutter' als auch als ‚gute Erwerbstätige' zu präsentieren, bleibt – auch wenn sich der Druck auf Arbeitgeber erhöht, vereinbarkeitsfreundlichere Strukturen bereitzustellen – letztlich Sache der Einzelnen. Dennoch wird die Art der In-Verhältnis-Setzung nicht der Einzelnen überlassen. Vielmehr hat sich mit dem Konzept der WorkLifeBalance ein Sorgekonzept entwickelt, welches flankierend – trotz der vordergründigen Konkurrenz – die Vereinbarkeitsanrufung unterstützt. WorkLifeBalance soll über Familie hinaus auch alle weiteren Aspekte des persönlichen und sozialen Lebens einbeziehen und die Reduktion von ‚Vereinbarkeit' auf ein Frauenproblem

9 Migration als Bevölkerungspolitik spielt hierbei eine zwar wachsende, aber dennoch geringere Rolle, vielmehr soll primär autochthoner Nachwuchs produziert werden, der zudem den Nachwuchs an zukünftigen Fachkräften und Konsument*innen sichert.

ablösen (vgl. Oechsle 2007: 13f; Jurczyk 2005: 110 ff).[10] Im Mittelpunkt steht die Sorge um sich selbst, um weiterhin als erwerbstätiges und elterliches Subjekt involviert sein zu können. Was beide Konzepte verbindet, ist die Kombination einer Aufmerksamkeit für geeignete Infrastrukturen mit einer bestimmten Perspektive auf das Subjekt, das mit Unterstützung betrieblicher Organisationsstrukturen letztendlich die ausschlaggebende „individuelle Balanceleistung" (Oechsle 2007: 131) selbst hervorbringen muss. Diese Leistung wird keineswegs dem Zufall überlassen; Vereinbarkeitsratgeber (vgl. Thon 2015b) und Programme zu WorkLifeBalance (vgl. Kanne & Westphal 2005; Paulus 2012) sind ein Fundus an Konzepten, wie das strukturelle Problem der gleichzeitigen Einbindung in Erwerbs- und Fürsorgearbeit pädagogisierend bearbeitet werden soll. In diesen Anrufungen wird deutlich, dass die vordergründig geschlechtsneutral formulierten Aufforderungen in der Verbindung der Vereinbarkeitszumutung zu einer Anrufung weiblicher Subjekte wird: ‚Gesund und leistungsfähig (und glücklich!)' werden und bleiben wird zu einer weiteren Aufgabe. Anleitungen zur Verbesserung von Vereinbarkeit oder WorkLifeBalance zielen auf eine Selbsttransformation der Angesprochenen. Sie sollen sich auf eine bestimmte Weise zu sich selbst ins Verhältnis setzen und in komplexen Reflexionsprozessen die eigene Situation analysieren (vgl. Thon 2015b). Dabei geht es in der Bearbeitung der eigenen Prioritäten[11] und persönlichen Orientierungen, um den Erhalt oder Ausbau der eigenen Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit, mithin also um die Sicherung arbeitsmarktrelevanter Fähigkeiten.[12] In beiden Fällen sollen Selbstkompetenzen, die sowohl im Bereich von Erwerbs- als auch von Familienarbeit relevant sind bzw. deren Vereinbarung ermöglichen, verbessert werden. Dazu gehören v.a. Strategien des Selbst- und Zeitmanagements und die Fähigkeit, Stress auszuhalten und abzubauen (vgl. Kanne & Westphal 138; Thon 2015b). Mit dieser Form der Pädagogisierung erfährt das Problem der Verteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit zugleich eine Individualisierung. Es wird Sache des einzelnen Subjekts, die Ansprüche an eine Balance

10 Durch entsprechende Ministeriumspublikationen hat auch WorkLifeBalance den Status eines wirtschafts- und familienpolitischen Instruments erlangt, etwa als „Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität" - so das BMFSFJ 2005 (vgl. Paulus 2012).

11 WorkLifeBalance verspricht, Umgang mit Entgrenzung zu ermöglichen.

12 Selbstoptimierung ist beileibe kein neues Phänomen. Medikamentös unterstützte Sicherung der Leistungsfähigkeit finden sich in vielen Kontexten, nicht zuletzt im musikalischen Denkmal der Rolling Stones: „Mother needs something today to calm her down, And though she's not really ill, There's a little yellow pill". Alain Ehrenberg (2004) analysiert das ‚erschöpfte Selbst' im Zusammenhang mit einer ‚Kultur der Autonomie'.

zwischen Work und Life unter Bedingungen der Selbstoptimierung und Selbstsorge zu realisieren.[13]

3. Dilemmatische Individualisierung

Für den Umgang mit den individualisierten strukturellen Problematiken scheinen derzeit zwei Varianten zur Verfügung zu stehen. Zum einen kann das Zurückbleiben hinter Erwartungen gerade auch an das eigene Wohlbefinden trotz Optimierung von Leistungen sowohl im Erwerbsleben als auch im Bereich privater Fürsorgearbeit als persönliches Scheitern verbucht werden, mit dem es sich abzufinden gilt. Dieses Sich-Abfinden ist vermutlich die dominante Form, der unbefriedigenden Situation zu begegnen, da Familie zu haben und einem Beruf nachzugehen für sich genommen für die meisten Frauen jeweils einen hohen Wert darstellen. Dem durch die sogenannte Vereinbarkeitsproblematik und die damit verbundenen Selbstoptimierungsanforderungen entstehenden Druck gilt es dauerhaft standzuhalten, da sowohl möglicherweise schon aus ökonomischen Gründen als auch in Entsprechung zu hegemonialen Diskursen keine Alternativen zur Verfügung stehen. Dies bedeutet, dass Frauen unter dem ‚Und', das sie sich wünschen und für das sie enorme Anstrengungen unternehmen, gleichzeitig leiden müssen. Je nach sozialer und finanzieller Absicherung kann dieses ‚Und' dann in einem mehr oder weniger fragilen und von der jeweiligen Lebensphase abhängigen Gleichgewicht gehalten werden.

In einer anderen Variante kann aus der permanenten Überlastung und aufgrund der nach wie vor ungleichen Wettbewerbsbedingungen für Frauen bei der Karriere die Konsequenz gezogen werden, die Prioritäten anders zu setzen und den Rückzug aus der beruflichen Karriere anzutreten. Dies wird regelmäßig, darauf verweist die Argumentation der Opt-Out-Revolution, ebenfalls individualisierend begründet. In der Konsequenz verbleibt insofern auch die Reaktion der Frauen in der hegemonialen Logik der selbstsorgerischen Akteurinnenschaft: Die aktive Entscheidung und gleichzeitige Aufwertung (weiblicher) Fürsorgearbeit kann als eigene In-Verhältnis-Setzung verstanden werden.

Dennoch verbleibt ein Unbehagen, nicht nur aufgrund der offensichtlichen Begrenztheit der Argumentation der Opt-Out-Revolution. Der Rückzug aus dem Erwerbsleben ist schließlich in der derzeitigen Machverteilung un-

13 Die Bezeichnungen ‚work' und ‚life' implizieren einen frühkapitalistischen Gegensatz, der im Konzept aber interessant bearbeitet wird. ‚Gutes Leben' wird zur Grundlage und Voraussetzung für ‚gutes Arbeiten'.

weigerlich mit Verlusten nicht nur an Eigenständigkeit, sondern auch an Einflussmöglichkeiten verbunden.

Die Absage an das verunmöglichte ‚Und' bzw. an die Belastungen des Vereinbaren-Müssens ist verbunden mit Ansprüchen auf eine Aufwertung des Bereichs der Fürsorgarbeit. Letzteres ist in den Auseinandersetzungen um feministische Politik von je her präsent; insbesondere in den Diskussionen um das Müttermanifest von Frauen aus Kreisen der GRÜNEN aus dem Jahr 1986 wurden spezifische Dilemmata einer solchen Position deutlich. So weist Ursula Müller auf den damit verbundenen „Geschlechterdualismus" (Müller 1989: 57f) hin, der es erlaubt, es bei der herkömmlichen Arbeitsteilung zu belassen und lediglich eine gleiche Bewertung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit zu fordern. Müller warnt davor, „die Frage nach der Gesellschaftsveränderung als *Wertfrage* zu stellen und nicht als *Machtfrage*" (Müller 1989: 58; Herv. i.O.)

Nichtsdestotrotz muss die Absage von Frauen an das ‚Und' auch als ein Ausdruck von Widerständigkeit gegen Zumutungen gelesen werden, die anders gelagert sind als das, worauf geschlechterpolitische Strategien bislang normalerweise fokussieren. Beide Formen der Reaktion auf die Belastungen implizieren, dass Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen als Emanzipationsstrategie gescheitert ist – nicht per se, denn sie sorgt tatsächlich für mehr Eigenständigkeit und Einfluss von Frauen. Doch der Preis dafür erscheint unter den gegebenen Umständen in vielen Fällen zu hoch. Zu diesen gegebenen Umständen gehört vor allem, dass die zunehmende Erwerbsarbeitsbeteiligung von Frauen nicht in einem ausreichenden Maße mit Umverteilung von Fürsorgearbeit zwischen Frauen und Männern einhergeht. Von daher erscheinen Versuche, dies vermehrt zum Gegenstand geschlechterpolitischer Interventionen zu machen, eher als ein Weg der Bearbeitung des Problems als seine Individualisierung im Sinne von Selbstoptimierung, Leidensfähigkeit oder Rückzug. Insofern sind familienpolitische Initiativen seit dem Antritt der Großen Koalition, die weit expliziter auf eine vermehrte Beteiligung von Vätern an Familienarbeit zielen als die Familienpolitik der Vorgängerregierung, durchaus plausibel. Allerdings ist hier die Frage angebracht, ob das Anliegen einer generellen Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, unter den Bedingungen eines ausufernden Marktes und der Entgrenzung von Arbeit (Gottschall & Voß, 2003) – als deren Symptom die Hegemonialisierung von Vereinbarkeit auch gelesen werden kann – greifen kann. Die Frage drängt sich aus zweierlei Gründen auf: Zum einen verschärft die Professionalisierung von Elternschaft und insbesondere Mütterlichkeit die Situation von Erwerbstätigen mit Kindern. Wenn sich Erwerbs- und Fürsorgearbeit derartig intensivieren und verdichten, wie sich dies gegenwärtig abzeichnet, bleibt die steigende Belastung auch dann noch zu hoch, wenn sie besser verteilt wird.

Zum anderen bleibt die dahinterliegende Frage ungeklärt bzw. nicht angesprochen: Gibt es eine andere Logik jenseits des kapitalistischen ‚immer weiter', eine Utopie des ‚Guten Lebens', die in radikaler Weise Wert- und Machtfragen neu stellt und eben nicht das ‚gute Leben' als Grundlage für ‚gute Erwerbsarbeit' sieht, sondern beides umfassend den Subjekten als Ausdrucksmöglichkeit bereitstellt?

4. Alternativen der Problematisierung

Diese sehr weitreichenden Fragen weisen darauf hin, dass das, was vordergründig als Vereinbarkeitsproblematik berufstätiger Mütter daherkommt, sich gerade nicht vorwiegend individuell bearbeiten lässt. Wenn das Aushalten des steigenden Drucks oder ein Opting Out nicht die einzigen Alternativen sein sollen, muss über die Problematik der Verteilung und Relationierung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit noch anders nachgedacht werden als unter Bezugnahme auf infrastrukturelle und persönliche Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Folgenden werden drei verschiedene Ansätze vorgestellt, die über die übliche Sichtweise hinausgehen und zudem die Herausforderung annehmen, die so schwierig zu handhabende Frage nach einem ‚guten Leben' nicht als eine Angelegenheit der individuellen Lebensgestaltung abzutun.

4.1. Care-Krise und Care-Revolution

Im Zusammenhang aktueller feministischer Analysen von Care-Arbeit können die gegenwärtigen Absagen an Vereinbarkeit als Bearbeitungsversuche einer generellen Krise der Reproduktion gesehen werden, in der es zu einer Verknappung von Fürsorge kommt. Mit der Formulierung dieser Sichtweise schließen Autorinnen mit ganz unterschiedlichen disziplinären Hintergründen (wie z.B. Mascha Madörin (2007), Regina Becker-Schmidt (2011), Eva Senghaas-Knopbloch (2013), um nur einige wenige zu nennen) an Traditionen feministischer Ökonomiekritik an, der es zunächst darum ging, die ökonomische Bedeutung der vorwiegend von Frauen unbezahlt verrichteten Reproduktionsarbeit sichtbar zu machen. Frühe Arbeiten wie etwa von Gisela Bock und Barbara Duden (1977) oder Silvia Kontos und Karin Walser (1979) nehmen den Arbeitsbegriff auch für die von Frauen in der Familie unentgeltlich erbrachten Leistungen in Anspruch. Sie betonen, dass diese Leistungen die Voraussetzung für Lohnarbeit und damit für das Funktionieren der herrschenden Produktionsverhältnisse sind.

Um jedoch nicht „Reproduktionsarbeit als Pendant zur Lohnarbeit auf die Bedeutung der Haus- und Sorgearbeit für das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung“ zu reduzieren (Winker 2011: 4), wird inzwischen ein generell erweitertes Verständnis von Ökonomie eingefordert. Im Sinne einer Care-Ökonomie soll jegliches Wirtschaften, das der Erzeugung von Wohlstand dient (Autorinnengruppe feministische Ökonomie 2010: 1), in den Blick genommen werden, auch diejenigen Leistungen, deren Wert nicht über ihren Marktwert bestimmt werden und die nicht auf Gewinn ausgerichtet sind, v.a. unentgeltliche Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeit[14]. Insbesondere hier zeigen sich die Folgen des demographischen Wandels und der Einbezug von Frauen in den Erwerbsbereich. Sie stehen nicht mehr in dem Maße wie bisher für die Erbringung von Care-Leistungen zur Verfügung. Zwar können durch die Etablierung einer Global Care Chain, der Übernahme von Haushaltstätigkeiten, Pflege und Kinderbetreuung insbesondere durch Migrant*innen und durch eine teilweise Verlagerung von Care-Arbeit in marktvermittelte Dienstleistungen die Folgen abgemildert werden. Dies ist jedoch aus mehreren Gründen unzureichend. Zum einen ist Fürsorge nur begrenzt in markvermittelte personenbezogene Dienstleistungen zu überführen; entsprechende Tätigkeiten sind nur eingeschränkt rationalisierbar, da sie persönliche Zuwendung implizieren, Zeit brauchen und ihre Effizienz nur begrenzt steigerbar ist (vgl. Madörin 2007: 154ff). Zum anderen kann sich nur eine begrenzte Anzahl ökonomisch besser gestellter Haushalte diese Auslagerung der Arbeit leisten; der Großteil der Frauen ist darauf angewiesen, einerseits möglichst viel zum Haushaltseinkommen beizutragen, andererseits den Hauptteil der Reproduktionsarbeit selbst zu leisten (vgl. Winker 2011: 8).

Eine Care-Revolution (Winker 2011; 2015) impliziert insofern nicht nur, auch Sorgearbeit als Arbeit anzuerkennen und damit das Recht der Sorgeleistenden auf menschenwürdige Existenz und Einkommen (Winker 2015: 144) zu fordern. Vielmehr

> „geht es um nichts weniger als die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen und damit die Verfügung über die relevanten Lebensbedingungen zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse im Zentrum stehen. So werden u.a. Muße [...] und Zeit für Sorgearbeit – bei gleichzeitiger sozialer Absicherung – das Ziel gesellschaftlicher Transformation“ (ebd. 2011: 9).

Die darin inhärente Debatte, was denn grundlegende menschliche Bedürfnisse seien, wird damit schon zum politischen Diskurs, in dem sie bislang für

14 So ist von einer Care-Krise die Rede: Frauen, die Erwerbsarbeit und die ihnen zugewiesene Fürsorgearbeit miteinander vereinbaren, sind von der Verknappung von Care zweifach betroffen: Einerseits indem sie Fürsorge für andere möglicherweise nicht in einer Form gewährleisten können, wie sie es selbst für richtig halten, andererseits weil ihre eigenen Bedürfnisse nach Fürsorge ebenfalls der Verknappung zum Opfer fallen.

privat gehaltene Elemente des menschlichen Daseins zum Gegenstand eben dieser macht.

4.2. Krise des Wachstums und Postwachstumsökonomie

Ein zweiter Ansatz greift den Grundgedanken einer Krise der Reproduktion auf und erweitert diesen um eine umfassende Kritik an einer Ideologie des permanenten Wachstums, mithin um eine spezifische Form der Kapitalismuskritik. Die globalisierte kapitalistische Marktwirtschaft geht in ihrer unhinterfragten Wachstumsorientierung davon aus, dass die dafür notwendigen Ressourcen uneingeschränkt verfügbar sind, zu Produktionszwecken ausgebeutet werden können und sich im besten Falle von selbst wiederherstellen. Dies betrifft nicht nur natürliche Rohstoffe, sondern auch die menschliche Arbeitskraft, für deren Reproduktion im Rahmen einer vermeintlich ‚natürlichen' Geschlechterordnung Frauen in der Privatsphäre sorgen. In beiden Feldern zeichnen sich heute tiefgreifende Krisen ab, die Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister „als Ausdrucksweisen einer einzigen Krise des ‚Reproduktiven'" (Biesecker & Hofmeister 2013: 241) bezeichnen. So wie die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen die Grundlagen des bisherigen Wachstums zerstört, nimmt auch der Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft destruktive Formen an. Mit der Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit und ihrer Verpflichtung, zusätzlich unentgeltliche Fürsorgearbeit zu leisten, werden ihre Ressourcen überstrapaziert. Ökonomisches Wachstum beruht also auch hier auf Ausbeutung, betreibt Raubbau an seinen eigenen Grundlagen und produziert zudem soziale Ungleichheit.

Unter den Chiffren „De-growth" bzw. Postwachstum lassen sich nun verschiedene Zugänge zu einer alternativen Gesellschaftsutopie subsumieren, die darauf reagiert. Autoren wie Tim Jackson (z.B. 2013), Nico Paech (z.B. 2013) oder Harald Welzer (z.B. 2010) nehmen insbesondere ökologische Krisen (Klimawandel, Peak Oil etc.) und deren soziale Folgen zum Ausgangspunkt. Nur der Ausstieg aus den Wachstumsspiralen kapitalistischer Wirtschaftsformen könne noch helfen, die bereits entfesselten Krisendynamiken zu begrenzen bzw. ihren absehbaren Folgen zu begegnen. Der Verzicht auf das bisherige Ausmaß v.a. an Konsum und Mobilität soll dabei mit einem Gewinn an Lebensqualität einhergehen, insbesondere mit einem neuen „Zeitwohlstand" (Rosa et al. 2014). Problematiken sozialer Ungleichheit, insbesondere auch zwischen den Geschlechtern, spielen in diesen insbesondere ökologische Krisen aufgreifenden Ansätzen eine sekundäre Rolle. Sich verschärfende Ungleichheit wird insbesondere als Folge der Verknappung ökonomischer und ökologischer Ressourcen thematisiert.

In einem anders gelagerten Zugang verweisen jedoch die Verfasser*innen des konvivalistischen Manifests (http://www.transcript-verlag.de/978-3-

8376-2898-2/das-konvivialistische-manifest) auf die dramatischen Auswirkungen, die die Verknappung der ökonomischen und ökologischen Ressourcen für z.B. Migrationsbewegungen und Armutsverhältnisse haben. Verschiedene Formierungen (z.B. auch die französische Degroth Partei http://www.projet-decroissance.net/?p=1226 oder das feministische Projekt Schneewitchen rechnet ab: https://feministischeoekonomie.wordpress.com/) eint die Forderung nach einer Postwachstumsökonomie und einer radikalen Umorientierung gesellschaftlicher Bedeutungszuweisungen. Die Annahme, dass Konflikte zwischen Menschen aufgrund zu knapper Ressourcen erfolgen würden, d.h. im Umkehrschluss nur die Bedürfnisbefriedigung Sicherheit und Wohlstand ermöglichen würde, sei dramatisch zu kurz gedacht. Im Kern entwickeln die Autor*innen neue Formen der Begrenzung unter der Prämisse der Fürsorge und Solidarität. Unter vier Prinzipien, u.a. dem Prinzip der gemeinsamen Sozialität, aber auch dem Prinzip der Individuation (ebd.: S. 61) wird eine Politik gefordert, die es „den Menschen ermöglicht, sich zu unterscheiden und dabei den Konflikt zu akzeptieren und zu beherrschen“ (ebd.: 62). Zum anderen werden universalistische Perspektiven entwickelt, die über nationalstaatliche Begrenzungen hinausgehen und auf den bereits aufbauenden vielfältigen Formen alternativer Bewegungen aufbauen.

4.3. Die Vier-in-einem-Perspektive

Ein dritter Ansatz erhebt weit mehr als die bisher vorgestellten den Anspruch, Antworten auf Fragen der Nutzung von Lebens- und Arbeitszeit, der Verteilung von Zuständigkeiten zwischen den Geschlechtern und auf die sowohl im Erwerbs- als auch im Reproduktionsbereich sich verschärfenden Steigerungsimperative zu geben.

Frigga Haug begegnet der Krise der Reproduktion und der Utopie des Verzichts mit einem konkreten Vorschlag, der zudem zentral an den vorne formulierten Problematiken des ‚Und‘ anknüpft. In ihrer 2011 formulierten Vier-in-einem-Perspektive versucht sie nichts weniger als eine neue sozialistisch-demokratische Politik zu formulieren (ebd. 2011: 241). Den Hintergrund stellte für sie die oben formulierte Analyse der Zuweisung und gleichzeitigen Marginalisierung weiblicher Zuständigkeiten für Reproduktion und Fürsorge dar. Insofern liegt für sie auch nicht - hier folgt sie den beiden bislang skizzierten Zugängen - eine Lösung in der Formulierung einer Frauenpolitik. Vielmehr müsse es um die Entwicklung einer allgemeinen Befreiungsfrage gehen, mithin um eine Neubewertung dessen, was gesellschaftliches Leben ausmacht. In der Erstreitung dieser Neubewertung und in den individuellen Lebensentwürfen gelte es (Geschlechter-)gerechtigkeit zu denken. In dem expliziten Einbezug von Geschlechtergerechtigkeit unterscheidet sie sich zudem von Utopien wie denen des konvivalistischen Manifests, wel-

ches soziale Differenz(en) als zentralen Bezugs- und Denkpunkt nutzt. Hierin wird, so auch in der Lesart von Vincent Liegey, Gleichheit und Vielfalt, die Abkehr von allem Habitus, die das Individuum und die Einzigartigkeit beengen, als Utopie formuliert (vgl. http://www.projet-decroissance.net/?p=1226).

In der Analyse der vier zentralen Tätigkeitsbereiche der Menschen- des Erwerbsbereichs, des Reproduktionsbereichs, der Politik und der Kultur - entwickelt Haug eine Vierteilung des Tages bzw. des Lebens, welche die einzelnen Bereiche als gleichwertig nebeneinander formuliert. Bemerkenswert für die Fragestellung dieses Artikels sind hierbei insbesondere zwei Aspekte: Zum einen wird Erwerbsarbeit für alle zur Teilzeitarbeit, damit aber eben keine Teilzeitarbeit mehr. Die Idee der Aufwertung von ‚typischer Frauenarbeit' wird hier insofern weder mit besseren Arbeits- und Verdienstbedingungen (wie derzeit z.B. in der Debatte um die Erhöhung des Erzieheranteils in Kitas zu beobachten), noch mit einer Umverteilung zwischen den Geschlechtern verfolgt. Auch Haug denkt ‚Arbeit' nicht mehr in einer kapitalistischen, von Ausbeutung geprägten und vom Mensch-Sein entfremdeten Sicht, sondern

„als gemeinsame Tätigkeit. In der Arbeit betätigen sich Menschen, schaffen sich selbst, genießen das Leben, befriedigen ihre Bedürfnisse und entfalten ihre Liebesfähigkeit" (ebd. 2009: www.freitag.de/autoren/tstrohschneider/ ein-gutes-leben).

Arbeit und auch Erwerbsarbeit ist insofern ein Recht aller Menschen, ebenso wie es aber ein Recht aller Menschen ist, sich politisch zu beteiligen und in dieser Partizipation die Gemeinsamkeit und die Gesellschaft erst zu gestalten, oder eben für bestimmte Projekte wie die Teilzeitarbeit für alle zu kämpfen. Auch in diesem Punkt also greift dieses Projekt die vorne formulierte Kritik an der Individualisierung der Vereinbarkeitsproblematik auf, indem es einen expliziten Anspruch auf politische Sicht- und Hörbarkeit einfordert, und auf die politische Dimension individueller Lebensentwürfe verweist.

5. Was folgt?

Den vorgestellten Ansätzen ist gemein, dass sie die vordergründige Vereinbarkeitsproblematik in den Kontext einer gesellschaftlichen Krise der Reproduktion einerseits, einer Suche nach Alternativen in einer postkapitalistischen Gesellschaft andererseits stellen. Ohne an dieser Stelle abschließende Beurteilungen vornehmen zu wollen, scheinen sich doch einige zentrale Beobachtungen machen zu lassen.

Die Erweiterung des Fokus auf Lebensphasen, in denen Kinder zu versorgen sind, um Beziehungen der Sorge für sich und Andere verweist auf die Begrenztheit der bisherigen Debatte. ‚Kinderversorgung' ist nicht losgelöst

von sozialen Beziehungen und von den Bedürfnissen nach der Gestaltung sozialer Beziehungen zu denken. So gerät diese Sorge-Arbeit (in einem nicht verwertungsorientierten Sinne) anders in den Blick als eine reine Reproduktion der Arbeitskraft zum Zweck der Erwerbstätigkeit.

Darüber hinaus werden Verknüpfungen zu anderen, aber ähnlich gelagerten Problematiken der Endlichkeit von Ressourcen hergestellt, deren ausbeuterische und zerstörerische Nutzung eine Parallele im Umgang mit der menschlichen Arbeitskraft und Reproduktionsfähigkeit findet. So lassen sich Ausbeutungslogiken, die in Selbstoptimierungsdiskursen verborgen sind, kritisierbar machen. Zusammen stellen sich beide Problematiken als Symptome wesentlich umfassenderer Krisen dar, die das Primat des wirtschaftlichen Wachstums in Frage stellen. Dies legt nahe, einen Verzicht auf Wachstum als neue ethische Prämisse zu formulieren.

Darin, wie Fragen von sozialer Ungleichheit und Macht verhandelt werden, unterscheiden sich die Ansätze. Während Analysen der Care-Krise Ungleichheitsverhältnisse zwischen den Geschlechtern zum Ausgangspunkt nehmen, steht in den prominenten Strömungen des Postwachstumsdiskurses eher die Ungleichheitswirkung von Krisen der ökologischen Reproduktion im Vordergrund. Der Blick auf soziale Ungleichheit als ein Blick auf Vielfalt, die es anzuerkennen gilt, kann mit Dethematisierungen verbunden sein. Im Einzelfall bedeutet dies den Verlust einer geschlechterkritischen Perspektive bzw. eine mindestens implizit vorhandene Subsumierung von Geschlecht unter soziale Lage bzw. „Vielfalt".

Was insbesondere aus einer Zusammenschau der exemplarischen Ansätze zu gewinnen ist, ist die Möglichkeit, die vordergründige Vereinbarkeitsproblematik und die Frage nach dem ‚guten Leben' ernst zu nehmen und aus einer individuellen in eine politische Fragestellung zu überführen. Die Ansätze verdeutlichen, dass die Analyse der identifizierten Krisenphänomene und der Einbezug dieser sehr grundlegenden Problematiken es erforderlich machen, die ökonomische zum Gegenstand der Kritik zu machen. Über die scheinbar individuelle Herstellung einer Relation zwischen Erwerbs- und Fürsorgearbeit unter Berücksichtigung der Fragen nach einem ‚guten Leben' lässt sich nur anders nachdenken, wenn dies in den Zusammenhang der ‚großen' Fragen nach ökonomischen Ordnungen und ihrer Transformation, nach Gerechtigkeit und Demokratie gestellt wird. Umgekehrt lässt diese Kontextualisierung spürbar werden, wie im ganz konkreten täglichen Leben und in der individuellen Biographie die Relevanz dieser ‚großen' Fragen zum Tragen kommt.

Weiterhin setzen die vorgestellten Ansätze auf der Basis einer fundmentalen Kritik an herrschenden ökonomischen Selbstverständlichkeiten zu gegenhegemonialen Entwürfen an. Care-Revolution, Postwachstumsökonomie und die von Frigga Haug entwickelte Vier-in-einem-Perspektive wollen unmittelbar vor Augen führen, inwiefern der Verzicht auf die Wachstumsideologie

und eine neue Form des streitbaren Miteinanders das ‚gute Leben' vorstellbar machen könnten.

Die Suche nach dem ‚guten Leben' jedoch ist ohne einen starken ethischen Anspruch und weitreichende normative Setzungen kaum vorstellbar. Dies steht auf den ersten Blick in einem merkwürdigen Kontrast zu derzeitigen Operationalisierungs- und Rationalisierungsimperativen, welche Perspektiven in überprüfbare Maßnahmen überführt und Politik ohne Emotionalität nahelegt. Insofern können die Versprechungen einer neuen Lebensqualität trotz Beschränkung aufgrund ihrer vorrangig ethischen Ausrichtung einerseits irritieren, andererseits eher wohlfeil erscheinen. Unklar bleibt, abgesehen von Haugs Konkretisierung, was diese Umsetzung konkret bedeuten könnte.

Diese Unbestimmtheiten scheinen uns jedoch tatsächlich eine Stärke in der derzeitigen Debatte zu sein. Dies aus mehreren Gründen, von denen wir zum Schluss nur zwei kurz anreißen möchten.

Zum einen kann der normative Impetus der Ansätze als ein weiterer Hinweis darauf genommen werden, dass bestimmte Problematiken nicht bearbeitbar sind, ohne geschlechterpolitische Fragen mit anderen Politikbereichen (insbesondere Ökonomie, Ökologie, Generationengerechtigkeit...) zu verknüpfen. Die Frage nach dem ‚guten Leben' ist insofern keine Frage, die sich separiert für einzelne Bereiche beantworten lässt. Verweist dies auf die Notwendigkeit der Entwicklung grundlegender politischer Ausrichtungen, verweisen die Unbestimmtheiten andererseits auf die alltägliche Praxis, in der sich politische Verhältnisse entfalten können und Menschen durch und in ihrer Lebensform alternative Modelle entwickeln können.

Zum anderen können schon die Verknüpfungen, die in den drei Ansätzen in einer teilweise weitgehenden Form bereits vorgenommen werden, als eine politische Strategie verstanden werden. Hegemonietheoretisch formuliert ist die Herstellung artikulatorischer Verbindungen zwischen Bestandteilen unterschiedlicher Diskurse eine Grundlage dafür, dass bestimmte Bedeutungszuschreibungen an Plausibilität und Selbstverständlichkeit gewinnen (vgl. Stäheli 1999: 151). In der Vervielfältigung politischer Artikulationen einerseits, der Verknüpfung teils unterschiedlicher Ansätze andererseits können Plattformen alternativen Denkens entstehen, welche das Undenkbare denk- und sagbar erscheinen lassen und in denen Utopie mehr sein kann als nur eine Exit-Strategie.

6. Literatur

Allmendinger, Jutta (2009): Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen. Die Brigitte-Studie. München: Pantheon.

Allmendinger, Jutta/Haarbrücker, Julia (2013): Lebensentwürfe heute. Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen. Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012. Discussion paper. Berlin: WZB.

Autorinnengruppe Feministische Ökonomie (2010): Was die Linke noch immer vergisst. Eine feministische Kritik der politischen Ökonomie. In: Denknetz (Hrsg.): Jahrbuch 2010. „Zu gut für den Kapitalismus". Zürich: edition 8, S. 99-105.

Badinter, Elisabeth (2010): Der Konflikt: Die Frau und die Mutter. München: C.H.Beck.

Becker-Schmidt, Regina (2011): „Verwahrloste Fürsoge" – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. In: gender 3/2011, S. 9-23.

Belkin, Lisa (2003): The opt-out-revolution. In: New York Times Magazine. http://www.nytimes.com/2013/08/11/magazine/the-opt-out-revolution.html?_r=0 [Zugriff: 28.07.2016].

Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013): Zur Produktivität des „Reproduktiven". Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge. In: Feministische Studien 2/2013, S. 240-252.

BMFSFJ (o.A.): Unternehmensprogramm Erfolgsfaktor Familie. https://www.erfolgsfaktor-familie.de/ [Zugriff: 29.03.2015].

BMFSFJ (2011): Erster Gleichstellungsbericht. Neue Wege – Gleiche Chancen. Drucksache 17/6240. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

BMFSFJ (2012): Achter Familienbericht. Zeit für Familie. Drucksache 17/9000. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Bock, Gisela/Duden, Barbara (1976): Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität 1976, S. 118–199.

CDU/SPD (2013): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Deutschlands Zukunft gestalten. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=B93D96B90698972967B35FA541262D84.s4t1?__blob=publicationFile&v=2 [Zugriff: 21.09.2014].

Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Europäische Kommission (2010): Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015. http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52010DC0491&from=DE [Zugriff: 02.04.2015].

Funken, Christiane (2011): Managerinnen 50plus. Karrierekorrekturen beruflich erfolgreicher Frauen in der Lebensmitte. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Managerinnen-50-plus,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf [Zugriff: 28.07.2016].
Garsoffky, Susanne/Sembach, Britta (2014): Die Alles ist möglich-Lüge. Wieso Familie und Beruf nicht zu vereinbaren sind. München: Pantheon.
Gerhard, Ute (1999): Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt. Frankfurt/Main: Fischer TB.
Gottschall, Karin/Voß, G. Günter (Hrsg.) (2003): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München: Hampp.
Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. In: Das Argument 291/2011, S. 241 – 250.
Hochschild, Arlie Russell (2002): Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Opladen: Leske + Budrich.
Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Monitor Familienleben 2013. Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie. http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7893_Monitor_Familienleben_2013.pdf [Zugriff: 26.03.2015].
Jackson, Tim (2012): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, Band 1280. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
Jurczyk, Karin (2005): Work-Life-Balance und geschlechtergerechte Arbeitsteilung. Alte Fragen neu gestellt. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 102-123.
Kahlert, Heike (2011): Der ökonomische Charme der Gleichstellung in der Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik. In: Casale, Rita/Forster, Edgar (Hrsg.): Ungleiche Geschlechtergleichheit. Geschlechterpolitik und Theorien des Humankapitals. Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft 7. Opladen: Barbara Budrich, S. 143–156.
Kontos, Silvia/Walser, Karin (1979): … weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit. Gelnhausen: Burckhardthaus-Laetare-Verlag.
Krasmann, Susanne (2004): Synergie. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. Frankurft/Main: Suhrkamp, S. 251-256.
Lenz, Ilse (2010): Frauenbewegungen: Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen als sozialen Bewegungen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterfor-

schung. Theorie, Methoden, Empirie. 3. Aufl. Wiesbaden: VS, S. 867-877.
Lutz, Helma (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Leverkusen: Opladen.
Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz (Hrsg.): Jahrbuch 2007. Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung. Zürich: edition 8, S. 141–162.
McRobbie, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Michaels, Meredith W. (2009): Mothers "Opting out": Facts and Fiction. In: WSQ: Women's Studies Quarterly 37, 3 & 4, S. 317-322.
Müller, Ursula (1989): Warum gibt es keine emanzipatorische Utopie des Mutterseins? In: Schön, Bärbel (Hrsg.): Emanzipation und Mutterschaft: Erfahrungen und Untersuchungen über Lebensentwürfe und mütterliche Praxis. Weinheim: Juventa, S. 55-79.
Oechsle, Mechtild (2007): Work-Life-Balance statt Vereinbarkeit? Diskursive Verschiebungen und veränderte Problemlagen. In: Baer, Susanne/Lepperhoff, Julia (Hrsg.): Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven. Bielefeld: Kleine, S. 129–142.
Paech, Niko (2013): Wege aus der Wachstumsdiktatur. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt/Main: Fischer TB, S. 200-219.
Paulus, Stefan (2012): Das Geschlechterregime. Eine intersektionale Dispositivanalyse von Work-Life-Balance-Maßnahmen. Bielefeld: transcript.
Ristau, Malte (2005): Der ökonomische Charme der Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24, S. 16–23.
Rosa, Hartmut/Paech, Niko/Habermann Friederike/Haug, Frigga/Wittmann, Felix/Kirschenmann, Lena (2014): Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. München: oekom.
Seehaus, Rhea (2014): Die Sorge um das Kind. Eine Studie zu Elternverantwortung und Geschlecht. Opladen: Barbara Budrich.
Senghaas-Knobloch, Eva (2013): Fürsorgliche Praxis als weltweite politische Herausforderung - Perspektiven für eine nachhaltige Organisation gesellschaftlicher Arbeit. Feministische Studien 31, 2, S. 208-224.
Stäheli, Urs (1999): Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Brodocz André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart. Opladen: Leske und Budrich, S. 143-166.
Thon, Christine (2015a): Geschlechterkritische Wissensproduktion und geschlechterpolitische Intervention im Widerspruch: eine Rekonstruktion am Beispiel der „Vereinbarkeitsproblematik". In: Rendtorff, Barba-

ra/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia/Schröttle, Monika (Hrsg.): Erkenntnis, Wissen, Intervention. Geschlechterwissenschaftliche Perspektive. Weinheim: Beltz Juventa, S. 168-181.
Thon, Christine (2015b): „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" – ein neoliberaler Diskurs? Familienpolitische und pädagogische Interventionen zur Herstellung von Subjekten der Vereinbarkeit. In: Stach, Anna/Walgenbach, Katharina (Hrsg.): Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Opladen: Barbara Budrich, S. 131-143.
Thon, Christine/Menz, Margarete (2014): Elternschaft und Berufstätigkeit an Hochschulen. Konzepte für Beratungsangebote und Unterstützungsstrukturen. www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/portale/die_universitaet/dokumente/handbuch-17.01.pdf [Zugriff: 24.03.2015].
Vinken, Barbara (2011/2002): Die Deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos. 2. erw. und aktual. Aufl. Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag.
Welzer, Harald (2010): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfur/Main: S. Fischer Verlag.
Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise. Care Revolution als Perspektive. In: Das Argument 292 53, 3, S. 333–344.
Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.